



**ERKLÄRUNG  
VON BOTSCHAFTERIN MIROSLAVA BEHAM,  
STÄNDIGE VERTRETERIN DER REPUBLIK SERBIEN,  
AUF DER 688. SITZUNG  
DES STÄNDIGEN RATES DER OSZE  
ANLÄSSLICH DER BERICHTERSTATTUNG VON  
HERRN JOACHIM RÜCKER,  
SONDERBEAUFTRAGTER DES GENERALSEKRETÄRS DER  
VEREINTEN NATIONEN UND LEITER DER  
ÜBERGANGSVERWALTUNGSMISSION IM KOSOVO**

15. November 2007

Herr Vorsitzender,

ich freue mich sehr, im Namen der Delegation der Republik Serbien den Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und Leiter der Übergangsverwaltungsmission im Kosovo, Herrn Joachim Rücker, im Ständigen Rat herzlich begrüßen zu dürfen. Wir danken ihm auch für seine Berichterstattung, die wir mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen haben.

Herr Vorsitzender,

angesichts des Umstands, dass sich der Kosovo-Statusprozess in einer wichtigen Phase befindet, halten wir es an dieser Stelle für unumgänglich, eine Art Bestandsaufnahme der Situation vorzunehmen, in der wir uns befinden, um ein Bild zu erhalten, das sich möglicherweise von den existierenden oder verbreiteten Vorstellungen unterscheidet. Nur so können wir unvereinigenommen und gemeinsam nach tragfähigen und nachhaltigen Lösungen suchen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur drei von vielen Problemfeldern skizzieren:

1. Als die internationale Gemeinschaft im Sommer 1999 ihre Präsenz im Kosovo etablierte, fand sie eine vom Krieg stark gezeichnete Provinz vor. Sie stand vor der schwierigen Aufgabe, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen die Provinz komplett zu demilitarisieren, für eine sichere Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen zu sorgen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten abzuschrecken, den Aufbau ziviler, demokratischer politischer Strukturen zu sichern, die Menschenrechte zu schützen und zu fördern – kurzum: Bedingungen für ein friedliches und normales Leben für *alle* Einwohner des Kosovo sicherzustellen. All diese Aufgabenbereiche sind in der Resolution 1244 des UN Sicherheitsrates, die die Grundlage des Mandats der

internationalen Präsenz darstellt, mit ebendiesem Wortlaut bezeichnet. In der Resolution 1244 wird darüberhinaus das Bekenntnis aller Mitgliedstaaten der UN zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien – heute Serbien – im Sinne der Helsinki Schlussakte bekräftigt und ausserdem mehrfach unterstrichen, dass die Übergangsverwaltung eine *substantielle Autonomie und tatsächliche Selbstverwaltung Kosovos* innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien, heute Serbien, zu ermöglichen hat.

Die Aufgabe der internationalen Präsenz war es definitiv *nicht*, einen Staat im Staat zu errichten und alle Bande Kosovos mit Belgrad zu kappen. Spätestens seit dem Sturz Milosevics und dem Antritt einer demokratischen Regierung in Serbien hätte die internationale Präsenz im Kosovo, allen voran UNMIK, in vielen Fragen mit Belgrad zusammenarbeiten müssen, so beispielsweise im Rahmen der Privatisierung staatlichen und gesellschaftlichen Eigentums, die völlig an Belgrad vorbei durchgeführt wurde und immer noch auf diese Weise durchgeführt wird.

Auch in anderen Bereichen sind Vorgaben nicht erfüllt worden: Während allen Kosovo-albanischen Flüchtlingen und Vertriebenen unmittelbar nach Ende des Krieges eine sichere Rückkehr ermöglicht wurde, warten heute noch Hunderttausende nicht-albanischer Binnenflüchtlinge, Flüchtlinge und Vertriebene vergeblich, ein Leben in ihren Heimstätten wieder aufnehmen zu können.

Unter den eben erwähnten und anderen, nicht erwähnten Umständen ist es schwer, Serben und andere Nicht-Albaner von der Unvoreingenommenheit und dem Wohlwollen der internationalen Präsenz zu überzeugen. Aber lassen Sie mich betonen – der eben beschriebene Zustand ist nicht irreversibel.

2. Hätte die internationale Präsenz im Kosovo mit den demokratischen Institutionen in Belgrad zusammengearbeitet, hätte sie auch deutliche Zeichen setzen und eine Vorbildfunktion erfüllen können. Sie hätte auf diese Weise Brücken gebaut und der Bevölkerung im Kosovo demonstriert, wie Vertrauensbildung funktioniert und wie man auf demokratische Weise miteinander umgeht und kommuniziert. Statt jedoch in dieser und anderer Form Vorbild zu sein, hat sie de facto die Gräben vertieft und damit ihren Friedensauftrag nicht erfüllt. Unter anderem deshalb sind die Positionen von Serben und Albanern heute so weit voneinander entfernt - was jedoch nicht bedeutet, dass dieser Zustand irreversibel ist.

3. Es gibt ein Phänomen in der internationalen Politik, Dinge schön zu reden - aus welchen Gründen auch immer. Speziell für das Kosovo hat man für dieses Phänomen in Fachkreisen den Ausdruck „Okay-Reporting“ geprägt. „Okay-Reporting“ bedeutet, dass die internationale Präsenz im Kosovo in ihrer Berichterstattung die Illusion schafft, es wäre mehr oder minder, bis auf ein paar kleine Makel, alles in Ordnung. In scharfem Gegensatz zu dieser Lesart stehen jedoch Urteile von Expertenstudien, beispielsweise jener Analyse des Berliner Instituts für Europäische Politik, die im Januar dieses Jahres für eine staatliche Einrichtung angefertigt und als vertraulich eingestuft wurde, inzwischen aber nicht mehr so vertraulich ist, weil sie jemand ins Internet gestellt hat.

Dank dessen kann man in dieser Studie unter anderem nachlesen, dass im Kosovo immer noch riesige Waffenlager existieren, dass informelle Strukturen und organisierte Kriminalität eine grosse Bedrohung für die Sicherheit darstellen, dass ein faktisches System der Recht- und Straflosigkeit besteht und dass es eine internationale Appeasement-Politik gibt, die fatale Auswirkungen hat, weil sie unter anderem die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft untergräbt und wirkliche Reformkräfte entmutigt. Die angeführte Studie ist nicht die einzige, die zu solchen oder ähnlichen Erkenntnissen kommt – und es sind alles keine serbischen Analysen. Aber lassen Sie mich an dieser Stelle festhalten, dass auch die eben geschilderten Zustände nicht irreversibel sind. Es ist jedoch eine grosse, gemeinsame Anstrengung erforderlich, um sie zu beheben.

Erlauben Sie mir abschliessend, Herr Vorsitzender, vor diesem Hintergrund nur noch zwei Anmerkungen zu machen: 1. Unter den gegebenen Umständen ist es mehr als schwierig, Serben und andere Nicht-Albaner von der Notwendigkeit einer Teilnahme am politischen Leben des Kosovo zu überzeugen. Dazu ist der Vertrauensverlust oder Vertrauensmangel in die bestehenden Institutionen und Strukturen zu fundamental. 2. Unter den gegebenen Umständen sollte alles daran gesetzt werden, eine Demokratisierung und Befriedung des Kosovo entschieden voranzutreiben und eine demokratische Lösung der Statusfrage anzustreben. Eine demokratische Lösung zu finden, bedeutet eine einvernehmliche Lösung zu finden. Und das bedeutet, dass jeder unilaterale Akt als eine Verletzung des internationalen Rechts, einschliesslich der Resolution 1244, der Charta der Vereinten Nationen und der Helsinki-Schlussakte, von der internationalen Präsenz im Kosovo unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen annulliert und verworfen werden muss.

Geschieht dies nicht, dann werden wir vor einer Situation stehen, die in der Geschichte der Vereinten Nationen einen einzigartigen Präzedenzfall mit unabsehbaren Folgen darstellt – und schliesslich irreversibel ist.

Wir wünschen Herrn Rücker alles erdenklich Gute für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender